

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60 monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 68.

Freitag, den 21. März 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Die Reichstags-Ergebniswahl in Breslau-West findet am heutigen Donnerstag, den 20. März, statt. Sozialdemokratische Wählerversammlungen haben in der außergewöhnlich langen Zeit, die den Wahlvorbereitungen diesmal gegönnt war — die Wahl findet fast ein halbes Jahr nach dem Ableben des bisherigen Vertreters des Wahlkreises statt — in großer Anzahl stattgefunden, und die beliebtesten Redner der Partei sind als Referenten aufgetreten. Neben Bernstein selbst, der mehrere Versammlungen in seinem Wahlkreis abgehalten hat, haben Göhre, Peus, Heine, Singer und andere mehr in großen Wählerversammlungen gesprochen, und die eifrige Agitation unserer Parteigenossen hat es sogar fertig gebracht, die Gegner aus ihrer lethargie aufzurütteln und zur Veranstaltung von Wählerversammlungen mit freier Diskussion zu animiren, was bisher in Breslau noch gar nicht erlebt worden war. Hoffentlich gelingt es unseren Genossen, den Wahlkreis auch dieses Mal gleich im ersten Wahlgange mit erdrückender Majorität zu erobern.

Bei der Reichstags-Ergebniswahl in Rastenburg-Gerdauen-Friedland siegte am Dienstag der konservative Kandidat v. Rautter. Das endgültige Ergebnis liegt noch nicht vor, da aus acht ländlichen Ortsgemeinden das Ergebnis noch aussteht. Bisher sind gemeldet für die Konservativen 9546, für den freisinnigen Kandidaten Dultz 4805, für den sozialdemokratischen Kandidaten Schhardt 3618 Stimmen. Nach diesem noch unvollständigen Wahlergebnis ist also schon die Stimmenzahl der Freisinnigen um 1960, der Sozialdemokraten um 305 (1898: 3313) gestiegen. Die Wahlbetheiligung war nach dem bisherigen Ergebnis um 2527 Stimmen stärker als 1898 (17969 gegen 15442). Die Konservativen haben trotz der gewaltthätigsten Anstrengungen nur ein sehr geringes Wachstum ihrer Stimmenzahl zu verzeichnen: 9546 gegen 9131. Das Anwachsen der freisinnigen und sozialdemokratischen Stimmen um insgesamt 2265 rührt nur mit 1211 Stimmen von den Städten her und mit mehr als 1000 Stimmen von dem platten Lande. Also auch hier wachsende Opposition gegen die Lebensmittelerhöhung. Letzteres ist um so bemerkenswerth, als bekanntlich ein Terrorismus sondersgleichen diesmal von konservativer Seite gegenüber der Landbevölkerung unter Benützung des Beamtenapparats ausgeübt wurde. Der Wahlkreis ist seit 1884 ununterbrochen in konservativem Besitz gewesen und wird von den Konservativen für eine feste Hochburg in Ostpreußen erachtet. Das Wahlergebnis vom Dienstag aber zeigt, daß auch in diesem Wahlkreis die Konservativen nur noch mit Hilfe der Landräthe und des Beamtenapparats ihren Besitzstand zu verteidigen vermögen.

Der Kaiser und der Parlamentarismus. In einem Artikel, der die herrschende Reichstagsmüde, die dauernde Beschlußunfähigkeit etc. schildert, erzählt ein Berliner Mitarbeiter der „Frankf. Ztg.“: Ein hervorragender Parlamentarier, der durch Beruf, Stellung und Geburt den regierenden Kreisen nahe steht, sprach jüngst in einer Unterhaltung über die Zustände des Reichstags die Ansicht aus, daß Wilhelm II. den Niedergang des Parlamentarismus sehr aufmerksam verfolge und ihn als einen wichtigen Faktor in seine politischen Pläne einreihe, die weiter auszuhaften, als oberflächliche Beurtheiler dem scheinbar so impulsiven und vielseitigen Monarchen zutraue. Die Verweigerung der Diäten scheine damit auch im Zusammenhang zu stehen. Wir wissen nicht, ob es sich so verhält, und ob nicht der Herr, der am Zustandekommen des Zolltarifs interessiert ist, die Personen und Dinge absichtlich oder unbewußt zu scharf sieht. Für unmöglich aber wird auch der objektive Beurtheiler Spekulationen auf den Verfall des Parlamentarismus gewiß nicht halten können. — Die Sozialdemokratie wird, dessen dürfen die Spekulanten auf den Verfall des Parlamentarismus sicher sein, dafür sorgen, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Der preussisch-lübische Staatsvertrag vor dem Herrenhaus. Nach langer Pause hat das preussische Herrenhaus Mittwoch wieder eine Sitzung, die dritte in dieser Tagung, abgehalten. Eine lange Tagesordnung, die nicht weniger als 13 Gegenstände, darunter natürlich den Schutz des schottischen Mooruhnes, aufwies, wurde von den „Herren“ ohne wichtigere Erörterungen erledigt. Hervorzuheben ist lediglich eine bei der Berathung des preussisch-lübischen Staatsvertrages über den Elbe-Trave-Kanal vom Fürsten Herbert Bis marck vorgebrachte Beschwerde über die Schädigung der den Kanalankern gehörigen Wiesen durch die Veränderung der Wasserstandsverhältnisse. Der Schaden sei, so führte Herbert aus, in vielen Fällen größer als der Nutzen, den der Kanal bietet; die Wiesen seien z. B. versumpft oder versauert. Man möge nicht vergessen, daß

der Kanal in der Hauptsache im Interesse von Lübeck gebaut sei. Redner wird der Regierung eine Denkschrift der Anlieger überreichen und bittet um deren wohlwollende Prüfung. Die Klagen müßten geprüft werden, und wenn sie berechtigt sind, so müßte Lübeck, das ja an dem Kanal ein vitales Interesse habe, Schadenersatz leisten. Ähnlich sei auch beim Bau des Nord-Deise-Kanals verfahren worden. Graf Fink von Finkenstein-Schönberg schloß sich auf Grund eigener Anschauung den Ausführungen des Vorredners an. Ein Regierungskommissar stellte in Aussicht, daß den Anliegern, sofern ihre Beschwerden berechtigt sind, das weiteste Entgegenkommen bewiesen werde. Er bitte um Ueberweisung des Materials zur näheren Prüfung. Hierauf wurde der Staatsvertrag angenommen. — Falls sich die Beschwerden der Anlieger bewahrheiten sollten — wir erinnern daran, daß ähnliche Klagen ja bereits in der Bürgerschaft von Bape vorgebracht wurden — so kann sich da ein ganz niedliches Sümchen ergeben, welches der lübische Staat zahlen müßte. Eine nette Aussicht für die lübischen Steuerzahler, die ohnehin schon unter der finanziellen Last seuffen, die ihnen mit dem unrentablen Kanal aufgebürdet ist!

Der Nationalliberalismus soll wieder „belebt“ werden, und zu diesem Zweck macht die „Köln. Ztg.“ Vorschläge, die darauf hinauslaufen, es müsse eine Organisation dieser Partei geschaffen werden mit einem Apparat von besoldeten Kreis-Geschäftsführern, Wanderrednern u. dergl. Vereine und sogar — öffentliche Versammlungen sollen der Agitation dienen, „volkstümlich abgefaßte Schriften im Kalendertitel“ massenhaft verbreitet werden, und dergleichen mehr. Freilich, was von den Geschäftsführern und Wanderrednern über Zweck und Ziel des Nationalliberalismus in den Versammlungen geredet und in den Kalendern geschrieben werden soll, das weiß die „Köln. Ztg.“ auch nicht, weil der nationalliberale Partei „politische Aufgaben in der nächsten Zukunft sich eigentlich noch gar nicht absehen lassen“. Doch das ist ja auch gleichgültig, „Angeichts der nachweisbaren Thatsache, daß die nationalliberale Partei die Zahl ihrer Reichstagsitze beträchtlich vermehren kann, wenn sie die Aufwendung emsiger Arbeit und reichlicher Geldmittel nicht scheut. Intelligenz und Kapital der Partei würden sich geradezu am deutschen Volkthum verjüngen, wollten sie in dieser Hinsicht ihre Pflicht nicht rechtzeitig erkennen und zu Thaten werden lassen.“ — Der Aufruf stimmt zur Heiterkeit. Die „Köln. Ztg.“ stellt eigentlich zwei Aufgaben: Erstens soll ein stinkender Kadaver wieder belebt werden, und zweitens soll dem Weichhieser ein Skelett, ein Knochengeriüst gegeben werden. Für den, der diese Aufgaben löst, müßte von Rechtswegen als Preis ein — nationalliberales Mandat ausgesetzt werden, damit man den Wundermann zugleich als Fraktionsführer gewinnt.

Das Vereinsrecht und die Frauen. Ueber die Ausweisung der Frauen aus der Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins des dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises am 26. Februar hatte der Vorstand des Wahlvereins beim Polizeipräsidium Beschwerde geführt und hat darauf nach dem „Vorwärts“ folgende Antwort erhalten:

„Die eingelegte Beschwerde vom 5. d. M. in Vereinsangelegenheiten weise ich als unbegründet zurück. Das Verhalten der überwachen Polizeibeamten entspricht vollständig der für diese Dienstthätigkeit erteilten Instruktion zur Ausführung der Bestimmungen des Vereinsgesetzes.“

Also es besteht eine „Instruktion“, wonach die Frauen auch nicht als Zuhörerinnen anwesend sein dürfen. Bei der Versammlung des Bundes der Landwirthe hat man — soviel steht fest — diese Instruktion nicht befolgt. Es giebt also wohl verschiedene Instruktionen für Versammlungen des Bundes der Landwirthe und für sozialdemokratische Versammlungen.

Auf dem Holzwege befindet sich nach Meinung der „Schlesf. Ztg.“ die agrarische Mehrheit der Zolltariffkommission. Dieser wird von dem konservativen Blatte in den folgenden Ausführungen der Kopf sehr nachdrücklich gewaschen:

Die Anläufe zu einer systematischen Verschleppung der Sitzungen der Kommission ins Welt setzen, sind längst verflüßet; während der ganzen übrigen Zeit hat die reformfreundliche Mehrheit der oppositionellen Minderheit die Nähe abgenommen. Die natürlichen Verhältnisse des Bildes haben sich vollständig verschoben; nicht Regierung und Mehrheit wenden sich gemeinsam gegen die Opposition, sondern der Kampf wird geführt zwischen Regierung und Mehrheit, und die Minderheit spielt dabei nicht einfach die Rolle des tertius gaudens, sondern sie erscheint nicht selten im Gewande einer emigen Regierungsfürhe, obgleich die Welt weiß, daß sie den Regierungsentwurf nicht weniger verwirft, als die über denselben hinausgehenden Forderungen. Die Verantwortlichkeit der Zollreform — das muß ausgesprochen werden — hat nicht bei dem mit der Regierungsvorlage und deren Vorbereitung, sondern mit der von der Mehrheit der Kommission befolgten Methode. Das formale Recht, die Regierungsvorlage in aller Freiheit zu kritisiren, zu bekämpfen sogar und umzugestalten, befreit ihr kein Recht;

oder wenn sie aufrichtig entschlossen war, mit der Reform zum Ziele zu gelangen, so hatte sie die Pflicht, sich selbst diejenigen Schranken aufzuerlegen, ohne deren Einhaltung das Ziel nicht zu erreichen ist. Jedermann weiß, daß der Zolltariff nur das Werk eines Kompromisses sein kann. Jedermann weiß nicht minder, daß die Vorlage der Verbündeten Regierungen ein solches Kompromiß bereits darstellt, und zwar ein erst nach langen und schweren Mühen zustande gekommenes Kompromiß.

Das schlesische Organ kommt schließlich zu der Ueberzeugung, daß die letzte Aussicht für die Zolltariffreform geschwunden ist, wenn das Konfliktverhältniß zwischen Regierung und Mehrheit, wie es in der letzten Kommissionsitzung zum Ausbruch gekommen ist, sich fortsetzt. Was werden die um Wangenheim dazu sagen?

Maßnahmen gegen die Kartelle? Die häufigen Rechtsstreitigkeiten innerhalb einzelner Kartelle, Syndikate u. s. w. haben die Reichsregierung veranlaßt, zu der Bildung derartiger Gemeinschaften Stellung zu nehmen. Es sind, wie der „Köln. Volksztg.“ aus Berlin gemeldet wird, auf Veranlassung des Reichsanwalters umfangreiche Erhebungen bei den einzelnen Behörden darüber im Gange, die Wirkungen festzustellen, welche sich als Folge der Errichtung von Syndikaten u. s. w. für das wirtschaftliche Leben der Nation ergeben haben. Zu diesen Feststellungen gehören in erster Linie diejenigen Streitigkeiten zwischen Syndikaten und einzelnen Werkbesitzern u. s. w., welche die Anhängigmachung von Prozessen zur Folge gehabt haben und welche in dem Vorhandensein jener wirtschaftlichen Vereinigungen ihren Grund haben. Dem Vernehmen nach sollen jene Feststellungen eine Unterlage dafür geben, ob zum Schutze des wirtschaftlichen Lebens für die Errichtung von Kartellen u. s. w. besondere Gesetze erlassen werden müssen.

Ein Diätenkonflikt in Sachsen. Die Zweite sächsische Kammer hatte am Dienstag wieder einmal einen Konflikt; diesmal nicht mit der Regierung, sondern mit der Ersten Kammer. Bisher erhielten die auswärtigen Abgeordneten der Zweiten Kammer pro Tag 12 Mk. Diäten, die in Dresden wohnenden Abgeordneten nichts. Die Zweite Kammer beschloß nun vor einigen Monaten, den in Dresden wohnenden Kammermitgliedern 6 Mk. Diäten zu gewähren. Dieser Beschluß sollte rückwirkende Kraft haben. Die Erste Kammer lehnte jedoch diesen Antrag ab. Dienstag befaßte sich die Zweite Kammer abermals mit der Sache und beschloß einstimmig, auf dem Beschluß bestehen zu bleiben.

Kleine politische Nachrichten. In den letzten Tagen wurden aus Preußen 40 russische und polnische Studenten, meist Förder der Technischen Hochschule, wegen politischer Umtriebe und weil sie sich „mißliebige“ gemacht hatten, ausgewiesen. Mehrere Russen waren doch vor Empfang des Ausweisungsbefehls nach der Schweiz abgereist. — In der zweiten schwedischen Kammer ereignete sich in der Sitzung am Mittwoch folgender Zwischenfall: Der liberale Abgeordnete Hedén erklärte, er habe gegen den Finanzminister Grafen Wachtmeister Klage zu führen, und verlange Unterzeichnung der Angelegenheit im Verfassungsausschuß. Redner übergab sodann dem Vorsitzenden ein versiegeltes Kuvert, welches die Klage enthielt. Die Kammer überwieß die Angelegenheit an den Verfassungsausschuß. — In Paris wurde Mittwoch Nachmittags die internationale Konvention betr. den Bogenschuß unterzeichnet. Deutschland, Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Spanien, Portugal, die Schweiz und Griechenland sind ihr beigetreten. — In Frankreich werden zur Ausführung des neuen Vereinsgesetzes, wie aus Paris verlautet, demnächst im Auftrage des Zivilgerichts von einem eigens dazu ernannten Liquidator an die 110 Anstalten, welche bisher den Jesuiten gehörten, die Siegel angelegt werden. — Das Bezirksgericht in Odessa verurtheilte vier Personen wegen Mißbrauchsbestrebungen Schwindel zu Gefängnis bis zu 2 Jahren, zwei weitere Personen zu je einem Monat Arrest. — In Serbien ist wieder einmal eine Ministerkrise ausgebrochen. — Die Aufständischen in den chinesischen Provinzen Kwangtung und Kwangsi haben, nach Meldungen aus Hongkong, neue Erfolge gehabt. Der Kommandant der chinesischen Truppen forderte deshalb Verstärkungen.

Oesterreich-Ungarn.

Aus dem Reichsrath. Einer Dienstag im Reichsrath gemachten Anspielung gemäß erschien Mittwoch der reichsdeutsche Abgeordnete Dr. Stein im Parlament mit einer Hundepetische. Sein Gegner, der Jungtscheche Dr. Dyl, ließ sich darauf einen Revolver kommen. Diesem Beispiel folgte der Jungtscheche Kataj. Stein erklärte, daß er Dr. Dyl durchpetischen wolle. Daraufhin bekräftigte Dr. Dyl mit einem Schwur, daß er Stein, wenn dieser ihn berühren werde, auf den Fleck niederschießen würde. Während nun das Haus mit geringer Theilnahme das ungarische Budget behandelte, hatte man in den Wandelgängen einen Uebervachungsdienst organisiert, um die Herren mit Hundepetische und Revolver auseinander zu halten.

Belgien.

Der Kampf um das allgemeine direkte Wahlrecht. Die Kammer verwarf Mittwoch mit 56 gegen 24 Stimmen bei 58 Stimmenthaltungen das Stimrecht der Frauen für Gemeinde und Provinz. Wandervelde (Soz.) brachte darauf sofort den Entwurf der Revision der Verfassung im Namen der liberalen und sozialdemo-

Bumenthal's Schuhwaarenlager

Kohlmarkt
Ecke Sandstrasse.

Stiefel-Confirmanden-Schuhe

in grösster Auswahl
zu billigsten Preisen.

Der Rest
unserer Lager in
Confirmanden-Hutzügen
wird von heute ab zu
jedem annehmbaren Gebot
losgegeben.

Confirmanden-Hutzug sonst 7½ jetzt 4½ Mk.
Confirmanden-Hutzug sonst 10 jetzt 6½ Mk.
Confirmanden-Hutzug sonst 15 jetzt 10 Mk.
Confirmanden-Hutzug sonst 20 jetzt 13 Mk.
Confirmanden-Hutzug sonst 26 jetzt 16 Mk.
1 Confirmanden-Hut gratis!
Sämtliche Arbeiter-Artikel und Aus-
rüstungen concurrenzlos billig!

Welthaus Gold. 33
am Breitestrasse 33, 1 Et. kein Laden.
Man achte genau auf unsere Firma!

Eine Parthie reich garnirter Hüte
für Confirmandinnen
à 50 Pfg., 75 Pfg., 1 Mk. bis 5 Mk.

Ferner empfehle mein großes Lager in
geschmackvoll garnirten Damenhüten
zu billigsten Preisen.

Neuheiten in Schleiern u. Brautschleiern.
Anfertigung frischer Brautkränze.

Anna Pape, Special-
Putz-Geschäft
Huxstrasse 31.

Confirmanden-Karten
Gesangbücher etc.
in großer Auswahl
empfehle
Otto Wessel
4a Moisinger Allee 4a.

Achtung!
Bauarbeiter!

Mitglieder-
Versammlung
am Freitag den 21. März 1902
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Der Arbeitslohn nach den Bestimmungen
des Väterlichen Gesetzbuches.
Referent: Gen. Th. Bartels.
3. Stellungnahme zum communalen Arbeits-
nachweis.
4. Fragekasten. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen dringend notwendig.
Die Ortsverwaltung.

Halbfleisch
Pfund 30 und 35 Pfg.
empfehle
Wilh. Carstens
Meierstr. 13.

Palmkuchen
in allen Grössen und von bekannter vorzüglicher Qualität
empfehle zum Osterfeste die
Lübecker Genossenschafts - Bäckerei

(e. G. m. b. H.)
Bestellungen werden von heute ab in allen unseren Niederlagen ent-
gegengenommen.
Gleichzeitig empfehlen wir
Grob- und Feinbrod
sowie alle sonstigen Backwaaren.
Der Vorstand.

Zwei Zugänge zu verkaufen | **Reiseplomiers, Colport.** schöne, praktische
Grüner Weg 46. | **Probant. Schneider,** Paradiesstr. 5, Nürnberg. **Maifestzeichen.**

Stadt-Theater.

Freitag den 21. März. Anfang 7½ Uhr.
142. Abon-Vorst. 172. Vorst. 24. Freitags-Ab.
Lehtes Gastspiel des Herrn **Carl Wiene**
vom Königl. Hoftheater in Dresden.
Ueber die Kraft.
(1. Theil).
Schauspiel in 2 Akten von Björnsterne Björnson.
Sonabend den 22. März. Anfang 7½ Uhr.
173. Vorst. 31. Vorst. außer Abonnement.
Vortheils-Vorstellung zur Begründung eines
Fonds für den Theater-Neubau.
Mit gütiger Bewilligung der Frau
Cosina Wagner.

Parsival.
Joseph in Egypten.

